

**Bezugspreis:**  
Hefepreis 10.- M., monatlich 10.- M.,  
für ein Haus, wozu ein Jahrbuch, Post-  
bezug: monatlich 10.- M., einjährig 100.-  
M., halbjährig 50.- M., einjährig für  
Deutschland, Belgien, das Saar- und  
Rheinland, sowie die ehemals deut-  
schen Gebiete Polens, Dänemark,  
Ungarn und Rumänien 12.- M., für  
das übrige Ausland 15.- M. Ver-  
sendungen nehmen an Dänemark,  
Ungarn, Tschechien, Estland, Finn-  
land, Lettland, Litauen, Polen,  
Rumänien, Serbien, Schonen  
und die Schweiz.  
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-  
beilage „Volk und Welt“, der Unter-  
haltungsbeilage „Sonntags“ und der  
Beilage „Erdkunde und Kleingarten“  
erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags  
und Freitags einmal.

Telegraphische Adressen:  
„Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

**Anzeigenpreis:**  
Die abendseitigen Anzeigen (Zer-  
drucker 1,20 M., „Kleine Anzeigen“  
des Zerdruckers 1,00 M. (un-  
terhalb des letzten Druckes) jedes  
weiterer Satz 1.- M. Stellungs-  
und Sozialleistungen des er-  
sten Satz 1.- M. jedes weitere Satz  
0,50 M. (für 100 Wörter) 1,00 M.  
Zusätzliche für zwei Wochen, Familien-  
anzeigen für Abonnenten 1/2 bis 1.- M.  
Die Preise verstehen sich einschließlich  
Zerdruckergeld.

Anzeigen für die nächste Nummer  
müssen bis 6 Uhr nachmittags im  
Bauamtgebäude, Berlin SW 68, Unter-  
den-Eichen 3, abgegeben werden. Schluß  
von 6 Uhr früh bis 6 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97

Donnerstag, den 14. April 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 117 53-54

## Stegerwald vor dem Scheitern.

Heer Stegerwald hat nach langen Verhandlungen abermals seinen Vorschlag hervorgehoben, eine Regierung auf der Grundlage der sogenannten erweiterten Koalition zu bilden. Die sozialdemokratische Fraktion hat sich heute mittig mit diesem Vorschlag beschäftigt und abermals ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei — die im neuen Kabinett zwei Plätze bekommen sollte — abgelehnt. Sie hält an dem Vorschlag fest, ein Ministerium auf der Grundlage der alten Koalition zu bilden, das allenfalls durch zwei Beamte, die aber keine „verkappten Volksparteiler“ sein dürfen, sondern zuverlässige Republikaner sein müßten, ergänzt werden könnte.

Hält man diesen Beschluß mit den folgenden Mitteilungen zusammen, so ist schwer daran zu zweifeln, daß in diesem Augenblick Stegerwalds Mission bereits endgültig gescheitert ist.

Ein Vertreter des Wolffschen Telegraphen-Bureaus hatte heute vormittag eine Unterredung mit Ministerpräsident Stegerwald, aus dem das Folgende als Ansicht Stegerwalds über die gegenwärtige Sachlage zu entnehmen ist:

„Ebenso die letzten Reichstagswahlen wie auch die Wahlen zum Preussischen Landtag haben, in Ziffern ausgedrückt, einen etwa zehn- bis fünfzehnprozentigen Rückgang nach rechts gebracht. Ob dieses Volkstotum politisch richtig oder falsch war, steht bei Regierungsbildungen nicht zur Entscheidung. In Preußen stehen heute rechts von den seitherigen Koalitionsparteien 133 und links 50 Abgeordnete.“

Zur preussischen Regierungsbildung bestanden in der Hauptsache vier Möglichkeiten:

Sunächst eine Koalitionsregierung von der Sozialdemokratie bis zur Deutschen Volkspartei. Diese ist nach Stegerwalds Ansicht aus außen- und innenpolitischen Gründen das Gebot der Stunde. Das deutsche Volk erarbeitet sich bei seiner gegenwärtigen Lage nicht wieder Ansehen in der Welt, wenn es sich nicht dazu versteht, seine inneren parteipolitischen Gegensätze zu mildern und zurückzustellen. Nach den Vorgängen in den letzten 2 1/2 Jahren ist soeben die Stunde gekommen, auszusprechen, daß eine gewisse Stetigkeit der Politik eine der ersten Voraussetzungen ist für den allmählichen Wiederaufstieg des deutschen Volkes. Diese Stetigkeit ist nur erreichbar durch eine starke und möglichst gleichartige Mehrheit im Reich und in Preußen und durch weitgehende gegenseitige Rücksichtnahme auf die Interessen aller in den Koalitionsparteien. Gegen die Regierungsbildung auf dieser breiten Front wurden aber in den letzten Wochen so viele Schranken aufgerichtet, daß sie Stegerwald nicht in wenigen Tagen abbauen konnte.

Die zweite Möglichkeit zur Regierungsbildung war die alte Koalition. Von rein preussischen Standpunkt aus betrachtet wäre sie parlamentarisch nachfalls tragbar gewesen. Die Regierungsbildung in Preußen läßt sich aber gegenwärtig nicht vollständig lösen von der Lage im Reich. Die Reichsregierung hat in den nächsten 14 Tagen im Hinblick auf die durch die Entente angekündigte Inkraftsetzung der Sanktionen einen Kampf um Leben und Tod für das deutsche Volk zu führen. Auf den Koalitionsparteien des Reichstages lastet in der zweiten Hälfte des April eine ungeheure Verantwortung. In solcher Situation glaubte es Stegerwald, von moralischen Erwägungen ganz abgesehen, auch politisch nicht vertretbar zu können, eine der Koalitionsparteien des Reichstages, die Deutsche Volkspartei, in Preußen grüßlich vor den Kopf zu stoßen. Stegerwald will auch nach Beendigung seiner schweren Mission nicht bloß nach links, sondern auch nach rechts als anständiger Politiker und Mensch bestehen.

Eine dritte Möglichkeit zur preussischen Regierungsbildung war die gleiche Minderheitskoalition wie im Reich. Dieser Weg ist in der gegenwärtigen Stunde insbesondere aus innenpolitischen Gründen nicht gangbar. Das außerordentlich wichtige Uebereinstimmen im rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau ist noch in der Schwebelage. Zwischen Unternehmern und Arbeitern sind dabei noch große Schwierigkeiten zu überwinden. Beim Inkrafttreten der Sanktionen steht Deutschland sodann vor einer so gewaltigen Arbeitslosigkeit wie noch nie in seiner Geschichte. Das sind nur zwei der wichtigsten Punkte, die hier in Frage kommen. Bei solcher Sachlage ist es politisch nicht tragbar, die Sozialdemokratie vollständig außerhalb der unmittelbaren parlamentarischen Verantwortung zu stellen.

Als vierte Möglichkeit verblieb die Bildung eines Geschäftsministeriums mit überwiegend politisch-parlamentarischem Einschlag, da mit Beamten allein die politisch anormalen Verhältnisse der Gegenwart nicht gemeistert werden können. Ueber den Charakter und die Zusammenlegung dieses Geschäftsministeriums, das keine Fortsetzung der alten Koalition sein dürfte, konnte bis jetzt ebenfalls eine Uebereinstimmung nicht erzielt werden. Stegerwald glaubt, die großen Gegensätze zwischen Sozialdemokratie und Deutscher Volkspartei dadurch ausgleichen zu können, daß er für die bürgerlichen Parteien fünf Ministerien vorschlägt, wovon zwei durch Beamte besetzt werden sollten, die treu zur Reichsverfassung und preussischen Verfassung stehen und im übrigen auch als der Deutschen Volkspartei genehm betrachtet werden könnten. Für diesen Fall hätte Stegerwald von der Deutschen Volkspartei gefordert, daß sie bei der Vertrauensfrage im Gegensatz zu den anderen Koalitionsparteien nicht für die Regierung zu stimmen brauche, aber auch nicht gegen sie stimmen dürfe, sondern weiße Zettel abgeben könnte. Dieses Ansinnen hat die Deutsche Volkspartei abgelehnt. Politisch Unehrenhaftes hat also Stegerwald der Deutschen Volkspartei nicht zugemutet.

Zur Stunde bestehen noch drei Möglichkeiten für den Ausgleich:

1. Entweder die Parteien geben Stegerwald vollständig freie Hand, die aus ihren Reihen durch ihn berufenen Minister nicht durch Fraktionsbeschluß an der Annahme des Ministeriums zu hindern.

2. Es wird ein Geschäftsministerium gebildet aus zwei Sozialdemokraten, je einem Vertreter der Zentrumspartei, der Deutschen Demokratischen und der Deutschen Volkspartei, während der Rest der Ministerien durch Beamte oder politisch nicht abgestempelte Persönlichkeiten besetzt wird. Die Parteien wären an diese Regierung, die keine Koalitionsregierung ist, nur lose gebunden. Es könnte Politik mit wechselnden Mehrheiten gemacht, die Staatsgeschäfte einstweilen fortgeführt und das Weitere der politischen Entwicklung der nächsten Zeit überlassen bleiben.

3. Es wird ein Ministerium aus Zentrum und Demokraten gebildet, wenn sich dadurch eine wohlwollende Neutralität der beiden Nachbarparteien von links und rechts erzielen läßt.

Dazu ist in Kürze zu bemerken: Die beiden ersten Möglichkeiten scheiden nach dem soeben gefassten Beschluß der sozialdemokratischen Fraktion aus. Zu drei liegt aber ein früherer Beschluß der sozialdemokratischen Fraktion vor, keine Minderheitsregierung zu unterstützen. Es ist also nicht abzusehen, wie Stegerwald weiterkommen will.

eine bestimmte Entschädigungssumme genannt werden wird.

Das Kabinett setzte am Mittwoch nachmittag seine Besprechungen fort. Ob es schon heute zu einer endgültigen Entscheidung kommen wird, ist noch nicht zu übersehen. Sie dürfte jedoch in kürzester Zeit erfolgen.

## England und das neue Angebot.

London, 14. April. (W.D.) Das Reutersche Bureau verbreitet folgende Mitteilung: Ein vernünftiges neues Angebot, das Deutschland anspricht in der Absicht machen würde, die berechtigten Wünsche der Alliierten zu befriedigen, würde von der britischen Regierung mit sorgfältiger Aufmerksamkeit aufgenommen werden.

Paris, 14. April. Die Fortinax im „Echo de Paris“ mitteilt, werde der Beizog, den die Reparationskommission in einigen Tagen über die Gesamtverpflichtungen Deutschlands festlegen werde, zwischen 130 und 150 Milliarden Goldmark schwanken.

In der Erklärung heißt es weiter, ein beträchtlicher Teil der öffentlichen Meinung in Deutschland lege sich Neugierig davon ab, daß eine weitere passive Resistenz bei der Durchführung des Friedensvertrages für Deutschland die schwersten Folgen haben werde. Diese Gruppe werde dorons bestehen, daß Deutschland irgend etwas beginne. Sie habe die Pflicht, die Inflation zu ergreifen.

## Her mit der Konterrevolution!

Segen und Fluch von Turkestan.

Die KPD, Groß-Berlin versendet an ihre Mitglieder ein geheimes Schreiben, in dem angekündigt wird, daß die Atempause nicht lange dauern werde. Der Kampf müsse absolut illegal geführt werden. Im Zusammenhang damit wird gegen die KPD, ausgeführt:

Jede Verbindung mit einer legalen Körperschaft bedeutet praktisch: die Organisation der Konterrevolution ausliefern. Hier gibt es nur eins, entweder Verzicht auf den Kampf oder Verzicht auf die Legalität. Die KPD, mußte stehenbleiben und den Generallinien abwarten. Was in der heutigen Situation bedeutet, die Revolution abstellen. An diesem Widerspruch hat sich der ganze Organisationsapparat warm gelassen und die schleichende Krise in der KPD, zu einer Katastrophe gemacht. Aufgabe unserer Genossen muß es sein, den revolutionären Genossen der KPD, diese Zusammenhänge klarzulegen, sie einzureihen, den Kampf gegen die Gewerkschaften und Betriebsräte in verschärfter Form aufzunehmen und das Schwergewicht der Propaganda neben der KPD, auf die Aktionsausschüsse zu legen.

In ähnlicher Weise wird auch die „Allgemeine Arbeiterunion“ abgekanzelt, deren Mitgliedschaft zum Teil ver sagt hätte. Auf die Leute, die nicht mitwollen, darf keine Rücksicht genommen werden:

Es ist lächerlich, das Selbstbestimmungsrecht so auszulegen, daß, wenn Teile der Mitgliedschaft bestimmen, nichts zu tun, das Selbstbestimmungsrecht vorgegeben wird, hinter dem nur Rechnungsträger der passiven Massen gegenüber steht.

Also, wenn die Massen auch nicht wollen, weil sie die Unvernunft und die Ausichtslosigkeit des ganzen Treibens erkennen, bleibt die Parole: „Immer feste druff!“

Den Gipfelpunkt des Wahnsinns aber erreicht das Geheim schreiben an einer Stelle, an der es heißt, die rechtsstehenden Parteien wogten es nicht, offen auf den Plan zu treten, man müsse sie aber dazu zwingen. Wörtlich:

Es muß daher Aufgabe einer revolutionären Partei sein, mit allen revolutionären Mitteln die Konterrevolution so lange zu provozieren, bis sie offen auf den Plan zu treten gezwungen ist. Nur dadurch werden dann große Schichten der Arbeiterschaft gezwungen, sich klar zu entscheiden. Das Ziel, die Herausbildung der reinen Klassenkampffront kann nur auf diesem Wege erreicht werden.

Die Hölerei muß also so lange fortgesetzt werden, bis es gelungen ist, den Monarchisten und Vertretern des alten Systems die ganze Macht in die Hände zu spielen! Der volle Sieg der Reaktion ist das nächste Ziel dieser „Revolutionäre“, das wird in dem Geheim schreiben offen zugegeben. Es wird den Arbeitern nur vorgespiegelt, daß dadurch „die reine Klassenfront“ hergestellt und ihr eigener Sieg vorbereitet werden könnte.

Aber das nächste Ziel ist Lubendorff, Helfferich, Eicherich. Man kann den Herren zu ihren getreuen Mitarbeitern von ganz links gratulieren.

In einem öffentlich verbreiteten Flugblatt derselben Gruppe wird die Schuld am Fehlschlag nicht nur, wie sonst in kommunistischen Schriften, dem „Verrat der rechtssozialistischen und unabhängigen Führer“, sondern auch „der zersetzenden, entnervenden Einwirkung des kommunistischen Parlamentarismus“ zugeschrieben.

KPD, gegen KPD, und U.M., in der KPD, rechter Flügel gegen linken Flügel, diese Verwirrung und Zerlegung ist das Ergebnis einer Taktik, die mutwillig aus einer Niederlage in die andere rennt. Wie wird es erst aussehen, wenn das nächste Ziel der kommunistischen Arbeiterpartei erreicht ist und die äußerste Reaktion wieder die Herrschaft an sich gerissen hat?

Unter solchen Umständen ist es sehr schwer zu glauben, daß die Verfasser des Geheim schreibens und die Befürworter der darin empfohlenen Taktik etwas anderes sein könnten als bewußte Lockspitzel der Konterrevolution.

Die Herrschaften vom „Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale“ oder, um mit einem neuen von Paul Levi geprägten Schlagwort zu sprechen, die „Turkestaner“ veröffentlichen in der „Roten Fahne“ eine Erklärung, die dem putschistischen Flügel der Kommunisten mit vollen Händen Lob streut und ihm zuruft: „Ihr habt richtig gehandelt!“ Natürlich fehlt auch die neue Dolchstoßlegende, die Beschuldigung vom „Verrat der rechtssozialistischen und unabhängigen Führer“ nicht, obwohl längst feststeht, daß der noch denkfähige Teil der Kommunisten dem Putsch gegenüber genau dieselbe Haltung eingenommen hat wie die sozialdemokratischen Arbeiter.

In der gleichen Nummer der „Roten Fahne“ wird eine Bannbulle des Exekutivkomitees gegen Levi und Genossen veröffentlicht. Ihnen soll jetzt ein Strick daraus gedreht werden, daß sie aus Unfah der Streits über die italienische Frage aus der Zentrale der KPD, ausgeschlossen sind. Sie hätten das nicht tun dürfen, ohne ihre Absicht zuvor nach Moskau zu melden! Daher wird ihnen Mangel an Disziplin vorgeworfen. Weiter heißt es:

Die Exekutive macht alle deutschen Kommunisten darauf aufmerksam, daß in den letzten Monaten sich in verschiedenen Ländern

## Vermittlung in der Reparationsfrage?

Das führende Zentrumsorgan „Germania“ teilt über die Beratungen des Reichskabinetts in der Reparationsfrage folgendes mit:

Der Vermittlungsversuch, der seitens einer neutralen Macht unternommen worden ist, um den Präsidenten der Vereinigten Staaten Harding für ein Eingreifen zur Abmilderung neuer Verhandlungen zwischen der Entente und Deutschland zu bestimmen, hat, wie wir zuverlässig hören, sowohl am Dienstag wie auch am Mittwoch das Kabinett eingehend beschäftigt. Das Kabinett hat seinerzeit auch bereits mit den Führern der parlamentarischen Fraktionen Rücksprache genommen. Zu einem abschließenden Ergebnis sind die Besprechungen des Kabinetts jedoch bis zum Mittwoch nachmittag noch nicht gekommen.

Es steht aber fest, daß im Kabinett die Auffassung vorherrscht, daß die angebotene Vermittlung nicht zurückgemessen werden darf. Es handelt sich bekanntlich hierbei darum, daß die Reichsregierung dem Präsidenten Harding neue Vorschläge unterbreitet, die die geeignete Grundlage für neue Verhandlungen mit der Entente bieten. In welcher Richtung sich die neuen Vorschläge bewegen werden, darüber läßt sich im Augenblick noch nichts Endgültiges sagen. Es dürfte u. a. aber die Frage eines internationalen Schiedsgerichts eine große Rolle spielen. Auch darüber dürfte Klarheit bestehen, daß in dem neuen deutschen Beschluß

**Klemente zur Ausbildung eines rechten Flügels des Kommunismus zeigen.** Um so mehr müssen alle Kommunisten die Reihen schließen und entschließen diese Tendenzen im Reim überwinden.

Die Erklärung des Genossen Levi vom 23. März beweist, daß dieser Genosse schon knapp vor einem Bruch mit der kommunistischen Internationale steht. Diese Tatsache sollte den Genossen, die bisher mit ihm solidarisch waren, zeigen, wohin sein Kurs geht, und ihnen helfen, ihren Verstum einzusehen und zu korrigieren.

Damit ist über Levi in aller Form der Bann verhängt. „Turkestan“ läßt nicht mit sich spaßen!

### Der bekehrte Kommunist.

Im Anschluß an die Vorformnisse in Wald bei Solingen, die zu einer von der britischen Behörde geforderten peinlichen „Sühneaktion“ geführt haben, erläßt der geschäftsführende Bürgermeister, Beigeordneter Schneider, nunmehr folgenden Aufruf an die Einwohnerschaft:

„Anknüpfend an die unheimlichen und außerordentlich bedauerlichen Vorgänge in unserer Stadt im Laufe der jüngsten Zeit, verursacht durch einen verhältnismäßig geringen, leider aber verheerenden Teil unserer Arbeiterschaft, richte ich an alle Einwohner Solings die dringende Bitte, sich durch keinerlei Einflüsse zu unbesonnenen Handlungen weber gegen die Mitbürger noch gegen Angehörige der Besatzungsarmee verleiten zu lassen. Diese müssen, wie auch die Erfahrungen der letzten Tage beweisen, sowohl für die Täter, wie auch für die Stadt selbst böse Folgen haben. Die Stadtverwaltung wird in Zukunft alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung rücksichtslos anwenden. Sie hofft dadurch und durch die Unterstützung aller besonnenen Einwohner eine Wiederholung derartigen Vorgänge zu vermeiden.“

Beigeordneter Schneider war bisher Mitglied der — KPD. Er ist inzwischen zur USPD zurückgekehrt. Er muß jetzt gegen seine wildgewordenen früheren Parteigenossen rücksichtslos Anwendung der Machtmittel androhen. Vorher aber war er gezwungen, entblößten Hauptes vor einer britischen Sühnekompagnie eine feierliche Entschuldigung der Stadt zu verlesen, weil bei den Krawallen die englische Besatzung befristigt worden war.

### Enteignung kommunistischer Mandatsträger

Hamburg, 14. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Eine kommunistische Ueberraschung gab es in der gestrigen Sitzung der Hamburger Bürgerschaft. Das Mitglied des Reichstages Hermann Reich legte, wie der Präsident der Bürgerschaft mitteilte, ebenso wie seine beiden Fraktionsgenossen Wagner und Hindenburg, sein Mandat der Hamburger Bürgerschaft nieder, erschien aber im Laufe der Sitzung im Saal und teilte zur allgemeinen Ueberraschung dem Präsidenten mit, daß ihm von seinem Rücktrittsgesuch nichts bekannt sei. Der Präsident ordnete eine Prüfung der Sache an und erklärte, daß Reich bis zu deren Ergebnis als Mitglied der Bürgerschaft zu gelten habe.

Dieser Angelegenheit liegt folgender Tatbestand zugrunde: Die kommunistischen Parlamentskandidaten mußten vor ihrer Wahl eine Blankopollmacht unterschreiben, wonach sie jederzeit ihr Mandat niederlegen, wenn es die Parteileitung wünsche. Diese Erklärung ist von der Hamburger Kommunistenpartei kurzerhand benützt worden, um den mißliebigen Reich aus dem Parlament hinauszubefördern, und man hat einfach seine vorher gegebene Unterschrift zu dieser Mandatniederlegung ohne sein Wissen benützt. Gegen Reich schwebt ein Verfahren wegen Diebstahl, Urkundenfälschung und Unterschlagung, welcher Delikte er sich in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Reichsverbandes der Arbeiterschaft schuldig gemacht haben soll, und der Generalstaatsanwalt hat auch Aufhebung der Immunität gegen ihn beantragt. Die Angelegenheit seines Zwangsaustrittes aus der Hamburger Bürgerschaft ist aber jedenfalls nicht darauf zurückzuführen, sondern auf sein Verhalten beim Märzputsch.

In Thüringen wurde während des Aufstandes in Mitteldeutschland ein Aufruf der KPD, unter den Beamten der Bundespolizei Thüringen verteilt, in dem behauptet wurde, daß Reichswehr und Ogefahr in Uniformen der Schutzpolizei gegen die Aufständigen gekämpft haben. Diese Behauptung entspricht, wie den „KPD“ von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, nicht den Tatsachen.

## Ich kenne den Mann . . .

Der Mann war betrunken. Widerlicher Fustelgeruch schwadete um ihn. Kinder lachten und zogen an seinen Rockschößen. Erwachsene gafften und lachten.

Der Mann stand vor dem Schaufenster eines Friseurladens; er malte mit den Händen seltsame Bewegungen in die Luft und sprach laut. Er sprach mit der Wochsbüste, die im Fenster stand. Sie trug rote Haare, und ihre Wangen leuchteten in Karmin. Ihre Lippen waren halbgeöffnet und branneten lästern. Ihre glässigen Augen schwammen in schwarzen Wimpern. Sie lächelte. — Sie lächelt immer — sie lächelt immer. —

Der Mann sah nur sie. Er hob seine harten Arbeitshände und wollte sie streicheln. Er konnte nur die Glasfenster streicheln. Der Mann hob seine Hände zu den Lippen und reichte Rüsse. Er lasste Namen, viele zürliche Namen. Er ward traurig, er weinte, er schmolzte, er trat zurück, er bat, er beschwor; und immer hob er segnend die Arme.

Sie lächelt immer, — sie lächelt immer  
Kinder lachten und zogen an seinen Rockschößen, Erwachsene gafften und lachten.

Ich habe nicht gelacht. Ich kenne den Mann. Ich habe ihn schon oft gesehen. Ich hörte ihn in Strindbergs Trauerspiel Victoria rufen, ich sehe ihn täglich in meinen Freunden, ich sehe ihn in mir, in uns allen.

Immer hebt er segnend die Arme. —  
Sie lächelt immer. —  
Kinder lachten, Erwachsene gafften und lachten.

**Goethe als Sammler.** Goethe hat als Sammler eine ganz erstaunlich große Menge von Gegenständen zusammengedrückt, die heute wohl ausreichen würden, um ein mittleres Museum zu füllen. Außer seinen naturwissenschaftlichen Kollektionen, der Steinammlung, den Herbarien mit botanischen Seltenheiten, den zoologischen Präparaten und physikalischen Instrumenten besaß er bedeutende Sammlungen von Majoliken, Münzen, Gemmenabdrücken, Werten der Kleinplastik, Kunststücken usw. Der von Christian Schuchardt verfaßte Katalog seiner Sammlungen führt an graphischen Blätter 2389 Nummern auf, von denen manche aber mehrere Einzelblätter enthalten, an großen illustrierten Werten 200, über 500 Porträtszeichnungen, 20 Oelbilder, über 1100 Handzeichnungen, 232 Plaketten und Bronzen, 1949 Medaillen, 1991 Münzen, über 5000 Abgüsse von Gemmen, gegen 200 Gipsabgüsse, 110 Majoliken, etwa 150 Figuren in Stein, Eisen, Holz usw., im ganzen mehr als 9000 Kunstgegenstände. Dazu kommen noch 17000 Mineralien aller Art, 110 Nummern „physikalische Gegenstände“, mehrere hundert Nummern Zoologisches, Botanisches und Ethnographisches, so daß mehr als 26 000 Objekte vorhanden waren.

## Potsdamer Waffenschiedungen.

### Verhandlungen hinter verschlossenen Türen!

Wegen Verbrechens gegen das Entwaffnungsgesetz, militärischer Unterschlagungen und öffentlicher Urkundenfälschung stehen heute vier ehemalige Angehörige des Maschinengewehrdepots 3 in Potsdam vor den Geschworenen. Der Prozeß beschäftigt bereits die Potsdamer Strafammer, wurde aber wegen Unzuständigkeit derselben vor das Schwurgericht verweisen. Zu der Verhandlung, die Landgerichtsdirektor Heller führt, sind der frühere Kompanieführer Deibendal und andere Militärpersonen als Zeugen geladen.

Die Anklage wirft den Angeklagten vor, im September und Oktober v. J. versucht zu haben, 200 Maschinengewehre an Berliner Schieber zu verkaufen. Durch diesen Versuch wurde ein großes Maschinengewehrlager in dem Potsdamer Depot verstreut vorgefunden und sofort vom Reichsentwaffnungskommissar beschlagnahmt. Zu welchen Zwecken dieses Lager dort geheim gehalten wurde, soll im Laufe der Verhandlung erörtert werden. Der Anklagevertreter Staatsanwalt Gysae beantragte den Ausschluß der Öffentlichkeit wegen Gefährdung der Staatsicherheit und erbat sich zur Begründung des Antrages in nicht öffentlicher Sitzung das Wort. Den Vertretern der Presse wurde auf Anregung des Staatsanwalts während der Begründung seines Antrages die Anwesenheit gestattet. Der Staatsanwalt führte aus, daß die Hauptverteidigung der Angeklagten dahin gehe, daß es sich hier um ein unrechtmäßig gehaltenes Maschinengewehrlager handele. Er beantragt, auch die Presse während der Verhandlung auszuschließen. Dem widersprachen alle drei Verteidiger. Das Gericht beschloß trotzdem, während der Verhandlung die Presse auszuschließen!

Diese Beseitigung der Öffentlichkeit des Verfahrens ist politisch höchst unklug. Denn so kann in der öffentlichen Meinung der Glaube entstehen, daß in Potsdam wirklich etwas zu verschleiern sei und daß das Gericht dazu bereitwillig die Hand böte.

### Hermes-Prozeß gegen den „Vorwärts“.

Vor der 8. Strafkammer des Landgerichts I begann heute vormittag um 9 Uhr unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Deep der Prozeß gegen den „Vorwärts“ wegen eines Artikels vom 8. Dezember 1920 „Aus Hermes Ministerium“. Die Anklage wurde durch Staatsanwalt Gersch, der angeklagte verantwortliche Redakteur des „Vorwärts“, Genosse Dr. Werner Peller, durch die Rechtsanwälte Wolfgang Heine und Dr. Berthauer, der Nebenkläger Reichsernährungsminister Dr. Hermes durch Geh. Justizrat von Gordon vertreten. Vor Eintritt in die Verhandlung stellte sich heraus, daß durch den Nebenkläger ohne Kenntnis der Verteidigung neue Zeugen geladen worden waren, über deren Qualifikation die Verteidigung durch Einsichtnahme in die Akten, eventuell durch persönliche Ertundung Auskunft einzuziehen wünschte.

Das Gericht beschloß nach kurzer Beratung eine fünfviertelstündige Unterbrechung der Sitzung, um der Verteidigung Gelegenheit zur Information zu geben. Nach Wiederöffnung der Sitzung um 11.45 Uhr teilte der Vorsitzende mit, daß der Zeuge Dr. Engelke erkrankt sei. Die Verteidigung erklärte, auf diesen Zeugen nicht verzichten zu können, und das Gericht beschloß daraufhin die Vertagung des Prozesses auf den 9. und 10. Mai.

### Das „Recht“ auf Afford.

Aus Braunschweig wird uns geschrieben:

Nachdem erst kürzlich der ehemalige Landesherzog des Freistaats Braunschweig eine Forderung an den Staat gestellt hatte, die sich auf viele Millionen beziffert, tritt nun bezeichnenderweise auch ein großkapitalistisches Privatunternehmen, die bekannte Wäpffenbauanstalt Amme, Giesecke u. Koenig, L. G. mit einer Millionenforderung an den braunschweigischen Staat hervor. Sie verlangt binnen 12 Tagen den Betrag von 6 Millionen 242 778 Mark als Schadenersatz dafür, daß feinerzeit im Januar 1919 unter Mitwirkung des Rats der

Ueber die Art, wie Goethe sammelte, spricht W. v. Dettlingen in einer Festschrift des Inselverlages: „Gunde und Forschungen“. Goethe strebte bei der Auswahl wohl nach guter Qualität, aber wichtiger als alle technische Vollkommenheit war ihm der Geist, der aus dem Kunstwerk leuchtete. Im Gegensatz zu den meisten Sammlern, die auf den unbeschrittenen weißen Rand eines Kupfertisches nur zu oft entscheidenden Wert legen, begnügte er sich sogar mit dem Bruchstück eines Blattes, wenn aus ihm ein Gedanke, eine selbständige Persönlichkeit zu ihm sprach. Es ist Goethe wirklich gelungen, Kunstwerke aus allen Zeiten zusammenzubringen von ägyptischen Lebußen, antiken Gemmen bis zu den Künstlern seiner Zeit. Allerdings waren die Gruppen sehr ungleich verteilt. Vom Mittelalter war sehr wenig da, sehr viel aus der Zeit der reifen Renaissance und des Barock, und die Klassiker überwiegen in allen Abteilungen. Es fehlt aber kein ganz berühmter Künstlername in seinen Sammlungen.

Diese riesigen Massen ordnete nun Goethe nicht so, daß er etwa aus einer Reihe von Zimmern ein abgeschlossenes Museum schuf. Wir müssen uns vielmehr vorstellen, daß die Wände aller Wohnräume mit Gemälden, gerahmten Zeichnungen und Gipsreliefs vollgehängt waren, daß Regale für Kupferstichmappen, Münzen und Medaillenregale selbst in den Gesellschaftszimmern aufgestellt waren und das Bücher, Kupferwerke, Kästchen voll antiker und moderner geschnittener Steine auf Tischen und Stühlen herumlagen, wie sie gerade gebraucht worden waren. Ein ganzes Zimmer wurde durch eingebaute Glaschränke für die Majoliksammlung eingezeichnet. Sch. Rat von Dettlingen betont aber, daß Goethe keine eigene Wohnung im Hinterhause jeden künstlerischen Schmuck liebte: wo die Möbel und Bücherregale etwas von den Wänden frei ließen, hingen Tafeln und allerlei Kleinigkeiten. „Es scheint, daß Goethe bei seiner hochsteigerten Empfänglichkeit sich von zudringlichen Kunstleinwirkungen, die ihn gestört und abgelenkt hätten, habe freihalten wollen; so ließ er nur das gerade Ermüßte und Notwendige an sich herankommen.“

Die Folgen. Eine große Anzahl von Engländern kehrt jetzt nach Nordfrankreich zurück, um sich dort in dem noch nicht ausgebauten Gebiet niederzulassen. Es sind hauptsächlich frühere Soldaten, die sich während des Krieges mit Französlinnen verlobten, dann in den 2½ Friedensjahren in der Heimat etwas verdient haben und nun bei den schlechten Zeiten in England ihr Glück auf den Schaupätzen ihrer einstigen militärischen Tätigkeit suchen. Sie eröffnen kleine Bäder oder Cafés oder lassen sich als Agenten für britische Firmen nieder. Städte wie Amiens, Compiègne und Boulogne sind jetzt ganz voll mit solchen englisch-französischen Familien, die sich eine Existenz anstreben. In Wimereux bei Boulogne ist mehr als die Hälfte der dortigen Cafés und Restaurants im Besitz von früheren englischen Soldaten. Einige frühere britische Offiziere haben in Amiens ein großes Reisebureau eingerichtet, nach dem aus sie die Automobil-touren englischer Reisevereine nach den Schlachtfeldern organisieren. Besonders auffällig ist es vorgekommen, daß englische Soldaten genau an dieselbe Stelle zurückkehrten, wo sie während des Krieges gestanden hatten.

Vollbeauftragten die Affordarbeit durch Lohnarbeit ersetzt worden ist. Durch die Abschaffung der Affordarbeit, so behauptet die Firma, sei ein entgangener Gewinn in dieser Höhe entstanden.

Angeichts der Tatsache, daß die Firma in der Lage war, trotzdem im Jahre 1919/20 eine Dividende von 15 Proz. auszuschütten und im Jahre 1918/19 immerhin 10 Proz. Dividende zu zahlen, bietet ihre Berechnung einen wertvollen Beleg zu der früher oft bestrittenen Behauptung, daß die Affordarbeit zu einer ungerechtfertigten Bereicherung des Unternehmers führt. Wenn eine Aktiengesellschaft in der Lage ist, ihren Aktionären 10 bis 15 Proz. Dividende jährlich auszuzahlen, so wird man ihr das Recht abprechen müssen, nach von einer Schädigung im Ernst zu sprechen.

Es ist aber nicht uninteressant zu erfahren, welchen Mehrwert ein Unternehmer mit Hilfe des Affordsystems aus seinem Betriebe und seinen Arbeitnehmern für sich herauszuholen als möglich hinstellt. Die Öffentlichkeit wird sich die Berechnung der Firma Amme, Giesecke u. Koenig merken müssen. Indes, ein moralisches Recht eines Privatkapitalisten, noch mehr als 10—15 Proz. Dividende zu verlangen, wird kein modern denkender Mensch anerkennen können. Gar noch ein juristisches Recht darauf zu erheben, das ist der Gipfel kapitalistischer Anmaßung.

### Noch immer Kriegsgefangene.

Berlin, 14. April. (WIZ.) Die in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz Genf durch die Deutsche Fürsorgestelle Moskau durchgeführte Konzentrierung der in Sibirien (Terek—Kuban—Don-Gebiet) befindlichen Kriegs- und Zivilgefangenen ist soweit vorgeschritten, daß nunmehr mit deren Heimtransport aus Sowjetrußland begonnen werden kann. Die Gesamtzahl beträgt schätzungsweise 15 000 Mann, darunter 2000 Reichsdeutsche. Als erstes Schiff tritt voraussichtlich der Dampfer „Wigbert“ am 11. Mai in Noworossisk ein. Briefe an Gefangene, die sich in Sibirien befinden, werden durch den Dampfer „Wigbert“ mitbefördert und sind bis zum 22. April an die „Dienststelle der Admiralität“ in Hamburg mit der Aufschrift „für Dampfer Wigbert“ unter genauer Angabe der Adresse des betreffenden Gefangenen zu richten.

### Koalitionskrise in Oesterreich?

Wien, 14. April. (WIZ.) Die Christlichsozialen beschließen, unumkehrbar nach dem Abbruch der Kreditverhandlungen ihre Vertrauensmänner aus der Regierung zurückzuziehen. Falls die Regierungskoalition scheitert, erfolgen im Juni Neuwahlen.

### Der tote Völkerbund.

London, 14. April. (WIZ.) „Morning Post“ tritt für das Ausscheiden Englands aus dem Völkerbund ein. Das Blatt schreibt: Man müsse die Vereinigten Staaten erneut dazu bewillwünschen, daß sie sich außerhalb einer Organisation gehalten hätten, die die Grundlage nationaler Unabhängigkeit bedrohte. Die Tatsache, daß die Vereinigten Staaten entschlossen seien, dem Völkerbund nicht beizutreten, mache es für England um so gefährlicher, im Bund zu bleiben, denn es werde sonst vielleicht einst Beschlüsse des Völkerbundes unterstützen müssen, die die Vereinigten Staaten sich weigern, anzuerkennen, und so könne ein Streit zwischen dem Bunde und den Vereinigten Staaten zu einem Streit zwischen England und Amerika werden.

Der frühere Zusammentritt des Reichstages soll nach den Behauptungen der „Freiheit“ von den Rechtssozialisten, die ja an allem schuld sind, verhindert worden sein. Demgegenüber ist daran festzuhalten, daß nur die Ungeklärtheit Ledebours die zu späte Erörterung des unabhängigen Vorklages verursacht hat. Ledebour richtete den Antrag auf frühere Einberufung des Reichstages an Genossen Ledebour persönlich. Ledebour befand sich aber auf Reisen, und der Brief mußte ihm nachgeschickt werden. Insofern konnte der Vorklageauschuss erst gestern zusammentreten, von da aber bis zum Freitag die Abgeordneten aus Süddeutschland zusammenzuholen war unmöglich, also blieb es beim alten Termin, dem 20. April.

**Gymnastik im Warenhaus.** In dem Bestreben, etwas für die Gesundheit seiner Angestellten zu tun, hat das große Beckham Magazine in London eine sehr löbliche Neuerung getroffen. Es läßt nämlich seine vierhundert Verkäuferinnen den Tag mit einer Viertelstunde Gymnastik beginnen. Die jungen Damen finden sich eine halbe Stunde vor Öffnung des Warenhauses ein und sammeln sich sofort in dem großen bepflanzen Hof, wo die gymnastischen Übungen stattfinden. Diese bestehen in schwedischer Gymnastik und werden von zwei Lehrerinnen geleitet, die der Besitzer des Warenhauses angestellt hat. Sämtliche Angestellte sind sehr zufrieden mit dieser Morgenübung, und es soll sich gezeigt haben, daß viel weniger Krankheitsfälle unter dem Personal vorkommen, seit diese Turnstunde eingeführt worden ist.

**Ein hygienisches Preisausschreiben.** Ein eigenartiges Preisausschreiben zur Förderung hygienischen Sinns und hygienischer Lebensführung bei der Jugend außerhalb der Schule hat die Singener-Stiftung in Dresden für die sächsische Schuljugend erlassen. Es wurden eine Anzahl Aufgaben zur Bearbeitung für verschiedene Schulen gestellt, so z. B. „Hygiene und Höflichkeit“, „Wie stelle ich mich zum Sport?“, „Von Wunderbau meines Körpers“, „Wie erhalte ich meinen Körper gesund?“. Die Berufsschule erhielt das Thema „Wie begegne ich den Gefahren meines Berufes“, eine höhere Mädchenschule „Mode und Gesundheit“. Von den rund 1200 eingesandten Arbeiten entfielen 400 auf Volksschulen, 230 auf Berufsschulen und je 100 auf die übrigen Gruppen. Wie jetzt in der „Münchener Medizinischen Wochenschrift“ mitgeteilt wird, wurden 5 erste Preise, 11 zweite Preise und 25 dritte Preise verteilt.

**Eine Forschungsexpedition nach Spitzbergen** entsetzt in diesem Sommer die Universität Oxford. Der Vizepräsident der britischen Ornithologischen Gesellschaft, Jourdain, wird den ersten Teil teilen, der hauptsächlich zoologische Zwecke verfolgt. Der andere Teil unter Führung O'Beilles vom Alpenklub will die unerforschten Gegenden des Nordostens Spitzbergens erkunden.

**Große Volksober.** Sonntag nachm. 9½ Uhr im Rathaus-Theater: „Trolland“.

**Operntheater:** Sonntag, 17. April, nachm. 9½ Uhr im Beigl-Theater, Bahnhofs (am Bahnhofs Gesundbrunnen): „Die Räuber“ von Franz Jung.

**Die Vereinigung für Kammermusik** vom Deutschen Opernhaus veranstaltet am Freitag, 13. April, abends 8 Uhr, im Schiller-Saal einen Kammermusikabend.

**Chinesische Ausstellung.** Die Bibliothek der Unterrichtsanstalt des Berliner Kunstgewerbemuseums hat in ihrem Ausstellungsraum eine kleine Schau Chinesischer Scherenschnitte und Schwarzdrucke eingerichtet.

**Ein „Weltwärts“-Deutscher Erzähler G. v. B. S.“** hat sich soeben vollzogen. Es handelt sich um das dem Verbands-Deutscher Erzähler angegliederte Unternehmen einer Reihe erzählender Autoren, auf gemeinschaftlicher Basis eine Revuezeitung zur Verwertung der Uebersetzungsrechte ihrer Werke zu begründen. Die Geschäftsstelle befindet sich: Berlin W. 66, Büchelstraße 52.

# Der englische Riesenstreik.

London, 14. April. (WIZ.) Die Lokomotivführer und Heizer, die eine von der Nationalen Gewerkschaft der Eisenbahner unabhängige Vereinigung bilden und deren Haltung bisher zweifelhaft war, haben beschlossen, am Freitag auch ihrerseits den Ausstand zu beginnen.

Thomas erklärte, zahlreiche Arbeiterverbände, darunter auch die Elektrifizationsarbeiter, würden sich einer Aktion des Arbeiter-Dreibundes anschließen.

„Daily Chronicle“ zufolge haben auch die Straßenbahnfahrer beschlossen, in den Ausstand zu treten.

In dem Manifest des Arbeiter-Dreibundes heißt es, der Kampf der Bergarbeiter sei keineswegs ein politischer, wir verständen nicht die Revolution, wir stehen Schulter an Schulter für die fundamentalen Rechte der Gewerkschaften, der Kampf muß und wird gewonnen werden.

London, 14. April. (WIZ.) Für heute ist eine nationale Konferenz aller Verbände einberufen worden, die der „Federation of General Workers“ angeschlossen sind. Diese Organisation umfaßt 1 1/2 Millionen Mitglieder in England, die auf über 100 Industrien außerhalb der für den Arbeiter-Dreibund in Betracht kommenden verteilt sind.

London, 14. April. (WIZ.) Lloyd George erklärte, der Ernst der Lage nehme dauernd zu. Er drückte jedoch die Hoffnung aus, daß weisere Ratsschlüsse die Oberhand erhalten würden. Die Regierung teilt mit, daß im Falle einer Ausdehnung der Arbeitseinstellung sie alle Mittel anwenden wird, um die Arbeitswilligen in den lebenswichtigen Betrieben zu schützen. Die Mehrheit der Gewerkschaften hat bisher gegen den Streik gestimmt.

## Neue Verhandlungen.

London, 14. April. (WIZ.) Zu dem Beschluß der Eisenbahner und Transportarbeiter, am Freitag den Streik zu erklären, meldet der „Star“, einzelne Arbeiterführer, insbesondere Henderson und Cignes, seien im Sinne einer friedlichen Regelung tätig.

Heute findet im Unterhause eine Sitzung des Parlamentsauschusses der Gewerkschaften, des Nationalen Ausschusses der Arbeiterpartei und der Parlamentsmitglieder der Arbeiterpartei statt.

Lloyd George hat in einem Schreiben an die Führer der Eisenbahner und der Transportarbeiter um Mitteilung der Gründe gebeten, aus denen sie eine Einstellung getroffen hätten, die ihren eigenen Landsleuten einen so schweren Schaden zufüge.

## Hoffnung auf Beilegung.

London, 14. April. Die Morgenpresse gibt nicht alle Hoffnung auf eine Vermeidung des drohenden Streiks der Eisenbahner und Transportarbeiter auf. Der politische Mitarbeiter des „Daily Chronicle“ schreibt, es herrsche die Ansicht, daß ein Streik des Arbeiterdreibundes nicht länger als zwei Wochen dauern könne.

„Evening News“ meldet, daß die Konstitutionalisten in der Arbeiterbewegung der Ansicht seien, daß ein Generalstreik den Bahlausichten der Arbeiter nicht förderlich sein wird, und daß im Falle eines Appells an das Land sogar einzelne Arbeiterführer ihre Sitze einbüßen würden. Das Blatt nennt die augenblickliche Lage die schlimmste innere Krise, der das Land je gegenübergestellt worden sei, und schreibt in einem Leitartikel, der Beschluß der Eisenbahner und Transportarbeiter, am Freitag die Arbeit einzustellen, sei von tragischem Ernste. Es sei der furchtbarste Beschluß in der Geschichte der englischen Industrie. Nach Beilegung des mächtigsten Feindes, dem England je gegenübergestanden habe, müsse das Land jetzt in einen neuen Kampf gehen, der nach Ansicht wählender Leute nicht weniger ernst sein werde, als der letzte Krieg. Der Streik werde für den Handel Europas katastrophal sein.

# Amerikas Friedensresolution.

Washington, 14. April. (WIZ.) Knox legte gestern dem Senat seine Entschliessung vor, durch die der Kriegszustand mit Deutschland und Oesterreich für beendet erklärt werden soll. Die Entschliessung, die dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten überwiesen wurde, behält den Vereinigten Staaten ihre Rechte aus dem Versailles-Vertrage vor.

„Chicago Tribune“ stellt in einem Kabeltelegramm aus Washington fest, daß der berühmte Abschnitt 5 der Resolution Knox, in dem seinerzeit der Senator eine Erklärung vorschlug, daß Amerika bei einer neuen Bedrohung des Weltfriedens genau so handeln würde wie im letzten Krieg, auf Ersuchen des Präsidenten Harding der Resolution nicht mehr angehängt wurde.

Stephan Lauzanne meldet dem „Matin“ aus New York, die Resolution Knox werde folgendermaßen behandelt werden: Der Senat werde die Resolution annehmen, vielleicht motivierend oder mit Amendement versehen. Aber die Abstimmung hätte nur einen indikativen Wert. Der Regierung liesse dann die Aufgabe zu, den Friedensvertrag mit Deutschland zu regeln und darüber zu verhandeln. Man werde sich bemühen, die Teile des Versailles-Vertrages aufrecht zu erhalten, die dem Wunsche Amerikas entsprechen, aber die Bedingungen, denen man nicht zustimmen könne, nämlich die Klauseln über das internationale Arbeitsamt, über Schantung, alle Grenzfestsetzungen in Mitteleuropa, die Klausel über Danzig und das Saargebiet, sowie alle Klauseln über den Völkerbund. Lauzanne meint, vielleicht werde die Klausel über die Reparationen bestehen bleiben.

## Die Japfrage.

Die Note der Vereinigten Staaten an die assoziierten Mächte vom 4. April wird von den englischen Blättern nunmehr im Wortlaut veröffentlicht. Sie begründet ausführlich Amerikas Mitbestimmungsrecht bei der Vereinnahmung der ehemaligen deutschen Kolonien und gipfelt in der Erklärung, daß die Vereinigten Staaten die Rechtsgültigkeit des Japan übertragenen Mandats nicht anerkennen könnten. Die Regierung der Vereinigten Staaten verfolge nicht ein ausschließliches Interesse an der Insel Yap und habe nicht den Wunsch, sich irgendwelche Privilegien zu sichern, ohne daß gleiche Privilegien auch den anderen Mächten „natürlich einschließlichen Japans“ zuerkannt werden. Nach einer Information des „Times“ wird Amerika seine ganze Kontinentalpolitik von der Antwort der assoziierten Mächte abhängig machen. Wenn die Antwort günstig ausfällt, dann werde Amerika mit den Mächten bei der Anwendung des Friedensvertrages mitwirken, dann werde es bereit sein, an den Arbeiten der Reparationskommission teilzunehmen und geneigt sein, die finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten Europas zu erwägen. Wenn jedoch die Antworten ungünstig ausfallen sollten, dann werde Amerika eine Politik der unabhängigen Aktion verfolgen, deren Folgen nicht abzulehnen seien. Im günstigen Fall werde die Kommission unter dem Vorsitz Roosevelts vielleicht schon in einem Monat ihre Reise nach Europa antreten, um die Frage der Teilnahme Amerikas an den Problemen zu prüfen, die ohne die Vereinigten Staaten unlösbar seien.

# Groß-Berlin

## Das Brot 5 Mark.

Wie der erhöhte Preis zustande kommt.

Trotz der sich in Arbeiterkreisen so rasch vorbereitenden Bewegung für einen Lohnabbau, soll jetzt die seit einiger Zeit angelegte Brotpreiserhöhung in Kraft treten. Nach Mitteilung des Berliner Magistrats hat er sich wegen der „vorliegenden Steigerung fast sämtlicher in Frage kommenden Produktionskosten gemäß dem Vorschlag der Ernährungsdeputation zur Einführung der bereits vor geraumer Zeit angelegten Erhöhung der Gebäckhöchstpreise entschließen müssen“. Das Großbrot wird danach statt 4,50 Mark fünf Mark kosten. Entsprechend ergibt sich auch für das Kleingebäck ein neuer Preis von 15 Pfennig je Stück und für das 1000-Gramm-Frankenbrot ein solcher von 3 Mark. Der Tag, an dem die neuen Preise in Kraft treten, wird noch bekanntgegeben.

Der Magistrat teilt dann im einzelnen weiter mit, wie die Erhöhung um 50 Pf. zustande kommt. Es sind nicht weniger als 31 Posten, die sich in die Differenz zwischen dem alten und neuen Brotpreis teilen, und wenn man auch die Gröndlichkeit anerkennen muß, mit der der Magistrat so die Notwendigkeit der Erhöhung beweist, so wird in Verbraucherkreisen doch kein allzu großes Verständnis für diese dieser sonderbaren Einzelberechnungen vorhanden sein. Sie seien nach der Magistratsaufstellung hier mitgeteilt:

|   | je Brot   |
|---|-----------|
| Wels  | 0,3 Pf.   |
| Streuweil   | 0,2       |
| Sogale Beiträge   | 1,0       |
| Versicherungen  | 0,3       |
| Milchverarbeitung   | 1,4       |
| Arbeitsgeberbeiträge  | 0,3       |
| Licht und Kraft   | 0,8       |
| Kohlen- und Gas-Preuerzinsen  | 0,4       |
| Umlagezinsen  | 0,7       |
| Reparaturen   | 1,4       |
| Kennschaffungen   | 1,5       |
| Reinigung   | 0,8       |
| Kleine Unkosten   | 1,0       |
| Bergierung und Amerikation  | 0,8       |
| Miete   | 1,0       |
| Ergründung und Beclute  | 0,2       |
| Telephon (erstmalig eingelebt)  | 0,5       |
| Gewerbesteuer   | 0,4       |
| Wahlkosten  | 0,9       |
| Rechtungssatz und -satzengeb  | 0,4       |
| Verkaufskosten  | 0,5       |
| Bevölkerungszunahme   | 0,6       |
| Rechtensdienst  | 0,5       |
| Großverteilungspreise   | 0,7       |
| Rechtskosten  | 0,7       |
| Rechtsdienst  | 1,0       |
| Für Unkostenkonto an 10 Stück   | —         |
| Kleinvertrieb (ständige Preissteigerungen)  | 1,0       |
| Für Abgang der Kontingenzgebühren   | 2,0       |
| Für Abgang seit längerer Zeit eingeleiteten Kundenverdienstes und als Hilfspreise | 2,5       |
| Für Verlegung für Verwaltungskosten   | 2,0       |
| Die heutige Kalkulation   | 44,8      |
|   | 300,0 Pf. |

Man wird sich des Eindrucks nicht erwehren können, daß es sich hier um eine Art Rechtfertigung handelt, die eben nicht sehr geschickt gewählt war, denn wenn zu der genauen Aufzählung der Dinge, worunter sogar die „Glassversicherung“ fällt, auch noch extra „keine Unkosten“ und einige summarische Coevalitätsszahlen kommen, so wird das nicht sehr überzeugend wirken.

## In Paris verhaftet.

### Auffklärung der Mordtat in der Bülowstraße.

Nach dem Kriege hat sich die Verbrechermwelt wieder ganz auf die Internationalität eingestellt. Für sie existieren keine Ländergrenzen, aber auch die Fäden der Kriminalpolizei reichen wieder über diese Grenzen hinweg. Dießem Umstand ist es zu verdanken, daß jetzt der Mörder der Frau Klamm, die in der Bülowstraße im September vorigen Jahres das Opfer eines Verbrechens wurde, in Paris verhaftet werden konnte.

Frau Klamm, die von ihrem Mann getrennt lebt, hatte in der Bülowstr. 31 in einem Pensionat ein möbliertes Zimmer bewohnt und wiederholt den Besuch eines im Hause unbekanntes Mannes erhalten. Die Verhaftung der Verleumdung durch die Kriminalkommission der Kriminalpolizei ergab, daß die Frau ermordet worden war. Geraubt war nur ein Brillantring im Werte von 1000 M., den der Mörder seinem Opfer vom Finger gestohlen hatte. Nach der ganzen Sachlage konnte als Mörder nur der Besucher in Betracht kommen. In dem Zimmer der Ermordeten fand man ein Bild des Gefundenen, an Hand dessen die Kriminalpolizei feststellte, daß man es mit einem internationalen Taschendieb Hippmann Tomozny aus Szepes bei Odessa, einem jungen Mann von 22 Jahren, zu tun hatte, der von der Kriminalpolizei bereits photographiert war. Tomozny ist seit einiger Zeit an der Selbstsuche, konnte deshalb dem Taschendiebstahl nicht mehr nachgehen und kam so in Selbstverlegenheit. In dieser Lage führte er selbst seiner Geliebten, die früher an einem Theater beschäftigt war und sich auch zuletzt noch Schauspielerin nannte, „Kavaliers“ zu, die sie ausbeuten sollte. Als sie sich jedoch mit diesen Männern weiter einließ, packte ihn die Eifersucht. Sie trieb ihn dazu, die Geliebte zu erwürgen, und um sich nun aus seiner Geldverlegenheit herauszubekommen, nahm er den Brillantring, den er der Ermordeten seinerzeit gestohlen hatte, wieder an sich.

Gleich nach dem Mord wurde Tomozny, auf dessen Ergreifung eine Belohnung von 3000 M. ausgesetzt wurde, aus Berlin verschwand. Augenblicklich hat sein internationaler Anhang ihm die Flucht erleichtert. Jetzt kam aus Paris die Meldung, daß er dort wegen Taschendiebstahls verhaftet worden ist.

## Die Aufgaben des Oberstadtschulrats.

Die Verhandlungen des Stadtoverordneten Ausschusses, der zur Vorbereitung der dringlichen Magistratsvorlage über die Schaffung von drei Dezernaten für die Volksschulen, die höheren und die Berufsschulen eingesetzt werden war und der gestern unter dem Vorsitz des Stadto. Werten zusammentrat, gestalteten sich zu einer bemerkenswerten Aussprache über die Aufgaben und Befugnisse des Oberstadtschulrats, besonders hinsichtlich der staatlichen Schulaufsicht. Die Schaffung der drei Dezernate zur Entlastung des Stadtschulrats wurde im Ausschuss von allen Seiten als dringlich anerkannt, dagegen wandte man sich auf bürgerlicher und demokratischer Seite gegen die in der Vorlage vertretene Auffassung von dem Aufgabenkreise des Oberstadtschulrats. Stadtschulrat Pausen, der wiederholt in durchaus verbindlicher Weise in die Aussprache eingriff, stellte zu dieser Frage mit, daß er mit allen maßgebenden Persönlichkeiten des Provinzialschulkollegiums und des Unterrichtsministeriums wegen der Uebertragung der staatlichen Schulaufsicht an ihn, die er für unbedingt notwendig halte, gesprochen habe und daß ihm diese Aufgabe mündlich gemacht worden sei. Er habe aber infolge Ueberlastung mit anderen Arbeiten durch den Magistrat noch keinen schriftlichen Antrag an das Provinzialschulkollegium richten können.

Eine ausgedehnte schulpolitische Aussprache ermöglichte sich ferner bei dem Zentrumsantrag, der dem Ausschuss zur

Erlebigung überwiesen worden war. Der Magistrat wird darin er sucht, bei der Auswahl der Mitarbeiter des Oberstadtschulrats auch solche Persönlichkeiten zu berücksichtigen, die die Anschauungen der Mehrzahl der christlichen Eltern Berlins vertreten, und den Oberstadtschulrat anzurufen, daß er Schritte zur grundsätzlichen Umgestaltung des Schulwesens nur mit Genehmigung der Schuldeputation vornehme. Stadtschulrat Pausen erklärte hierzu, daß bei der Auswahl seiner Dezernaten nicht nach dem kirchlichen oder religiösen Programm gefragt werden solle; die Tätigkeit allein solle entscheiden. Er wolle Versuche und Reformen nur da anstellen, wo der Wille der Eltern und Lehrer sie verlange, und er wolle sie auch nur mit Genehmigung der Schuldeputation und des Provinzialschulkollegiums durchführen. Die Verhandlungen hierüber seien schon im Gange. Beide Forderungen des Zentrumsantrages wurden mit 7 gegen 7 Stimmen abgelehnt.

## Einpruch gegen die Bezirkswahlen.

Der Fraktionsvorsitzende der Deutschen Volkspartei in der Stadtoverordnetenversammlung, von Gynern, hat seine Klage auf Ungültigkeitserklärung der Stadtoverordnetenwahlen dahin erweitert, daß er auch die Rechtsgültigkeit der Wahlen zu den Bezirksversammlungen beanstandet. Der Bezirksauschuss hat, wie berichtet, nur die Stadtoverordnetenwahlen für ungültig erklärt. Das Oberverwaltungsgericht, dem jetzt die Sache zur Entscheidung vorliegt, wird voraussichtlich im Juni einen Termin zur mündlichen Verhandlung anberaumen, in dem dann auch gleichzeitig über die Beanstandung der Bezirkswahlen entschieden werden wird.

Infolge der Nichtbestätigung mehrerer besoldeter Bezirksamtmitglieder mußten gestern die Bezirksversammlungen der Verwaltungsbezirke 17 (Niederschönberg) und 20 (Reinickendorf) Neuwahlen vornehmen. In Niederschönberg wurde der Ratsangehörige Stadtoverordnete Fritz Thurm zum stellvertretenden Bürgermeister wiedergewählt; an Stelle des nicht bestätigten Kommunisten, Holz bildhauer Heinrich Evers, wurde der Berliner Magistratsrat Dr. Graeffner zum besoldeten Stadtrat gewählt. — In Reinickendorf wurde zum stellvertretenden Bürgermeister der Werkzeugmacher Setke (USP.) gleichfalls wiedergewählt, ebenso zum besoldeten Stadtrat Zeitungspediteur Paul Hecht (USP.); neu gewählt wurden: Baurat Krede (BVP.), Stadtoverordneter Dezerent Gerhard Halbes-Legel (SPD.), Bezirksverordneter Meyer (SPD.) und der Kommunist Lucha.

## „Republikanische“ Geistesstoff.

Wie stellt's mit der Neubearbeitung der Lehrbücher für unsere Schulen? Sie ist eine der Vorbedingungen für das Gelingen der Bemühungen, einen neuen Geist in die Schule hineinzutragen. In einer Republik, die nun eine Lebensdauer von ziemlich 2 1/2 Jahren hat, sollte man erwarten, daß aus allen im nächsten neu erschienenen Schulbüchern mindestens die Monarchieverherrlichung beseitigt wäre. Vor uns liegt so ein funktionsloses Lehrbuch, ein „Deutsches Lesebuch für Knaben und höhere Mädchenschulen“ (Ausgabe A, 2. Teil) von H. Rippenberg, erschienen in diesem Jahre 1921 in 59. Auflage, von der ein Vermerk auf dem Titelblatt sagt, daß sie „auf Grund des Ministerialerlasses vom 18. September 1919 durchgesehen“ sei. Trotz der „Durchsicht“ finden wir darin noch ein halbes Duzend Geschichtchen, die an Verherrlichung gekönter Häupter und ihrer Angehörigen so viel bieten, daß es selbst in den Zeiten der Monarchie mehr als genug gewesen wäre. Kaiser Wilhelm I. beantwortet einen an ihn gerichteten Brief eines Jungen durch Ueberhebung von 20 M., Kaiser Friedrich III. als Kronprinz hilft einer armen kranken Frau, Kaiserin Auguste Viktoria verteilt Juwelen unter die Potsdamer Straßenjugend — und so weiter. Durch solche und ähnliche Anekdoten hat der Herausgeber sein Lesebuch in eine Reihe gestellt mit den Scharfenten aus der monarchischen Zeit, die schon damals wert waren, eingestampft zu werden. Wir haben nicht Lust, heute noch unseren Kindern derartiges Zeug als Geistesstoff vorsetzen zu lassen.

Familientragödie in einem Haseldorf. Eine Schreckenstat, der zwei Menschenleben zum Opfer fielen, hat sich heute morgen in der Wohnung eines Arbeiter-Cheparoes in Priort bei Potsdam abgespielt. Schon seit längerer Zeit war das Zusammenleben der Eheleute getrübt, da der Mann einen Teil der Möbel verkauft und anderweitig Wohnung genommen hatte. Nun hat er heute früh sei wo Frau erschossen und daraufhin sich selbst erhängt. Nähere Untersuchungen sind zur genaueren Aufklärung im Gange.

Polizeilicher Ueberlecker richtete sich gegen eine Gruppe von sechs Mitgliedern der Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten, die am Dienstag Abend in Berlin SW. aus einer Versammlung kamen. Als sie, Wander- und Arbeiterlieder singend, über die Belle-Alliance-Brücke nach dem Stadtinnern schritten, hielt am Haselischen Tor ein Posten der Sicherheitspolizei sie an: „Wissen Sie nicht, daß nicht mehr als drei Personen nebeneinander gehen dürfen?“ Er beehrte sie, daß sie „auch solche Wieder nicht singen dürfen“, und dann schrie er sie auf: „Wir sind neugierig, was für eine Staatsaktion daraus wieder gemacht werden wird. Gibt es keine schärferen Ordnungsgebote und Rechtsbrecher, gegen die ein Schußpolizeist einzusetzen hat? Wir glauben nicht, daß die Beliebigkeit der Polizei zunimmt, wenn bei solchen Ueberleerungen eifertig das Rotzibuch herorgeholt und ein Strafmandat befohrt wird.“

Von Strahnenbüchern überfallen und ausgeplündert wurde ein Vertreter M. aus der Prenzlauer Allee. Als er nachts um 1 Uhr über den Zionskirchhof kam, fielen an einer besonders dunklen Stelle plötzlich zwei Männer über ihn her, schloßen ihn zu Boden und raubten ihm die Brieftasche mit 600 M. und seine Ausweispapiere. Bevor der Ueberfallene Hilfe herbeirufen konnte, ergrieffen die Räuber mit der Boute die Flucht und entliefen. Der Beraubte kann sie nicht beschreiben. Er glaubt nur, daß sie etwa 25 und 35 Jahre alt seien.

Der boykottierte Eisenbahnhäufus. Zu einer höchst eigenartigen und im Berliner Verkehrsleben einzigartigen Maßnahme haben sich die Interessenten der Anhalter Bahn veranlaßt gesehen. In einer Versammlung hatte Bürgermeister Pombach ausgeführt, daß die Bemühungen, die Bahnerverwaltung zu einer Umbenennung des Wortes verkehrte auch auf die Anhalter Bahn, und zwar bis Rüterhof, zu veranlassen, schlagversagen seien. Die Empörung der Interessenten kam darin zum Ausdruck, daß man einstimmig beschloß, als Anfang der Selbsthilfe einen Boykott einzuführen, der sich auf sämtliche höheren Wagenklassen erstrecken soll. Es wird in Zukunft nur noch die 4. Klasse benutzt werden. Man darf auf den Erfolg und den Ausgang des Boykotts gespannt sein.

## Sport.

Radrennen Treptow. Für die Rennen am Sonntag 19. die Medaillen geschlossen. In den Radrennen sind 38 Fahrer teilberechtigt, die die Rennen nach Klassen einteilung bestreiten werden. In zwei Dutzendrennen über je 40 Kilometer treten sich Appelhaus, Thomas, Kruppal und der Holländer Videmanntmann gegenüber. Die Rennen beginnen nachmittags 3 Uhr.

Arbeiter-Turn- und Sportklub. Sonnabend und Sonntag: Freizeitsportveranstaltungen in Treptow, Turnhalle Beudstraße, Berlin. Sonnabend 7 Uhr. — Freie Turnerschaft Schöneberg-Berlin. Sonnabend: Turn des Turn-Sportvereins 1922. Turnhalle Beudstr. 49. Turnst. 8 Uhr (Vb). Schönb. Allee. — Sonntag: Turnhalle am Laut mit den Freizeitsportvereinen. Turnhalle Beudstr. 49. Turnst. 10 Uhr. — Turnhalle Beudstr. 49. Turnst. 10 Uhr. — Turnhalle Beudstr. 49. Turnst. 10 Uhr. — Turnhalle Beudstr. 49. Turnst. 10 Uhr.

# Gewerkschaftsbewegung

## Die Tarifverhandlungen im Zeitungsgewerbe.

Im Oktober vorigen Jahres kämpften die Angestellten des Berliner Zeitungsgewerbes gegen die Absicht des Unternehmertums, die Gehälter abzubauen. Die im Vfa-Bund organisierten Angestellten fanden geschlossenen. Da gegen versuchten der GKA und der GZL durch einen vorläufigen Vergleich mit den Unternehmern, den tarifvertraglich Organisierten in den Rücken zu fallen, sich in die Verhandlungen einzuschleichen und von den Unternehmern als Tarifkontrahenten anerkannt zu werden. Der Ausgang des Kampfes hat aber bewiesen, wie wenig Angestellte des Zeitungsgewerbes hinter diesen gelben Organisationen stehen. Der Arbeitgeberverband für das Zeitungsgewerbe hatte den Vfa-Bund zum 4. April zwecks neuer Verhandlungen über den am 31. März abgelaufenen Tarifvertrag eingeladen. Trotz des vorläufigen Verhaltens der Gewerkschaftsbündler im vorjährigen Kampfe waren auch diese zu den Verhandlungen hinzugezogen worden. Die Vertreter der Vfa erklärten selbstverständlich, mit diesen Besuchen zusammen nicht verhandeln zu können, worauf die Unternehmer ihre Bereitwilligkeit, mit allen Verbänden zu verhandeln, erklärten und bedauerten, daß sich die Vfa von diesen Verhandlungen ausschließen wolle. Offenbar aber haben die Unternehmer aus dem letzten Kampf gelernt, denn sie brachten nicht den Mut auf, mit den Gewerkschaftsbündlern allein zu verhandeln. Sie haben den Reichsarbeitsminister angerufen, um ihn zu ersuchen, zur Durchführung von verfassungsmäßig garantierter Koalitionsfreiheit (nämlich gemeinsame Verhandlungen in die Wege zu leiten. Man kann auf die kommende Entscheidung gespannt sein.

Der Vfa-Bund legt Wert darauf festzustellen, daß er weder in der Lage ist noch die Absicht hat, den Unternehmern das Recht zu nehmen, mit den Gewerkschaftsbündlern zu verhandeln. Ob sich aber in der deutschen Republik eine Instanz finden wird, die ihn dazu veranlaßt, in Gemeinschaft mit den Vertretern ihrer Klassen gemessen zu verhandeln, möchte man einstweilen noch bezweifeln.

Die Holzarbeiter der Alabasterbranche befinden sich seit 10 Wochen wegen einer Lohn Differenz im Auslande. Den eifrigen Bemühungen des Verbandes, mit geeigneten Vorschlägen die Differenz beizulegen, fehlten die Unternehmer den beständigen Widerstand entgegen. Nachstehende Betriebe befinden sich im Streik: Goldschmidt, Lichtenberg, Mitternachtsstraße 44/45; Peterlohn, Marktgrasendamm 14; Habild, Konrader Damm 70/71; Gutter, Ritterstr. 14. Zugang ist fernzuhalten!

„Der Betriebsrat“ des Vfa-Bundes legt die Artikelserie „Die Kontrolle der Produktion“ in seiner eben erschienenen Aprilnummer durch zwei Artikel von Kurt Heintz, Wer regiert in der Metallgewerkschaft? und „Der Beschäftigtenrat“, sowie einen Artikel „Buchhaltung und Bilanz als Kontrollmittel“ von Vfa-Holmann, fort. Dann enthält die Zeitschrift einen Artikel über „Die Genossenschaftsbetriebe in Deutschland“, Informationen für die Betriebsräte über den Steuerbescheid, eine große Anzahl wichtiger Entschlüsse und Schiedssprüche in Betriebsratsangelegenheiten, sowie wertvolle Bücherbesprechungen. Die Zeitschrift ist allen Interessenten dringend zu empfehlen. Der Bezugspreis beträgt pro Vierteljahr nur 3 M. Bestellungen nimmt jedes Postamt entgegen.

Vfa-Kongress. Die für heute angefangene Versammlung des SPD-Kongresses und der Arbeiter- und Angestelltenräte findet erst Montag 6 Uhr bei Krüger, Quilitz, Ecke Schillingstraße, statt.

Verband der Buchbinder- und Papiererarbeiten. Freitag 8 1/2 Uhr. Gewerkschaftshaus, außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht der Delegations-Kontrollkommission. 2. Bericht des Vfa. 3. Bericht über die Beschlüsse. In dieser Versammlung zu erscheinen. Delegiertenkarte legitimiert. — Die Dreierwahl.

# Wirtschaft

## Einfuhrbeschränkungen und Arbeiterkraft.

Die Weltwirtschaftskrise hat zu einer Stärkung merkantilistischer Bestrebungen in allen denjenigen Ländern geführt, die von ihr am meisten betroffen wurden. Da unter den industriell hoch entwickelten Staaten keiner mehr ausschließlich für den eigenen Bedarf produziert, wirken Einfuhrbeschränkungen natürlich stark auf die Beschäftigung der Arbeiterkraft in denjenigen Ländern ein, die die Hauptlieferanten für bestimmte Waren sind. Wenn ein Land die Einfuhr von gewissen Produkten durch Schutzzölle oder durch Einfuhrverbote hindert, werden dadurch Arbeiter in anderen Ländern getroffen. Von rein wirtschaftlichen und finanzpolitischen Gesichtspunkten abgesehen, welche die Einschränkung der Einfuhr von Luxus-

## Angestellte!

Heute von 12 bis 9 Uhr ist Delegiertenwahl. Ihr dürft nur solche Delegierte zum Verbandstag entsenden, die fest und unerschütterlich auf dem Boden der Amsterdamer Internationale stehen. Zum rücksichtslosen Kampf gegen Moskau entschlossen ist nur die Liste 3. Ihr gehören alle Stimmen!

produkten in manchen Ländern mit schlechter Valuta tatsächlich unvermeidlich machen, werden solche Maßnahmen mit dem Interesse der inländischen Arbeiterkraft begründet, damit diese ausreichende Arbeitsgelegenheit hat. Es ist ein hohes Solidaritätsgefühl der Arbeiterkraft aller Länder notwendig, um dieser verhänglichen und oft unbegründeten Beweisführung nicht zu verfallen. So ist besonders erfreulich die Haltung der englischen und holländischen Arbeiterparteien und Gewerkschaften, welche Einschränkungen der Einfuhr bekämpfen, obwohl in diesen beiden Ländern eine große Arbeitslosigkeit besteht. Als Gegensatz zu dieser Stellungnahme haben die norwegischen Gewerkschaften, obwohl in diesem Lande keine namhafte Arbeitslosigkeit herrscht, der Einfuhr sehr drastischer Einschränkungen der Wareneinfuhr vom Ausland, für Industrieerzeugnisse, die auch im Inland mit Gewinn hergestellt werden können, nicht widersprochen.

Es wäre eine wichtige Aufgabe der internationalen Gewerkschaftsbewegung, diese volkswirtschaftlichen Zusammenhänge klarzulegen und die internationale Solidarität der Arbeiter auch im gegenseitigen Warenaustausch zu fördern. Die letzte Tagung des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam ist hierin wiederbeißend; die wirtschaftlichen Zusammenhänge und ihr Einfluß auf die deutsche Reparationsfrage sind dort eingehend erörtert worden. In gleicher Weise sollten auch die hier ange deuteten Fragen behandelt werden.

Die Kohlentransporte aus dem Ruhrgebiet. Die durch die Unruhen, die Ostertage und den Monatschluß erheblich beeinflussten Förder- und Versandzahlen des Ruhrgebietes in den vorletzten zwei Wochen haben sich in der letzten Woche wieder etwas gebessert. Zum Ausgleich des durch den Fortfall der Uberschichten hervorgerufenen Förderrückganges wurde in verstärktem Maße von Lagerbeständen abgefahren, so daß eine Verminderung um rund 86 000 Tonnen, nämlich auf 732 622 Tonnen am 9. April eintrat. Der Wasserstand des Rheines war trotz geringen Steigens außerordentlich schlecht. Der Eisenbahnbetrieb wickelte sich auch in der letzten Woche glatt ab. Für Kohlen, Koks und Brekette wurden in der vergangenen Woche im arbeitsmäßigen Durchschnitt, einschließlich der nachträglich bestellten Wagen, 29 574 Wagen (gerechnet zu je 10 Tonnen) angefordert, die auch vollständig gestellt wurden.

Deutsche Kabelwerke N. O. Berlin-Lichtenberg. Das Unternehmen erzielte im letzten Jahre einen Gewinn von 24,3 Mill. Mark gegen 6,6 Mill. Mark im Vorjahr. Nach Abzug der Unkosten verbleibt ein Reingewinn von 3 172 000 M. gegen 1 392 000 M. im Vorjahr, aus dem 17 Proz. Ausschüttungen gegen 15 Proz. im Vorjahre verteilt werden sollen. Damit wird die höchste Dividende, die die Gesellschaft seit ihrem Bestehen im vergangenen Jahre erreicht hat, noch um 2 Proz. überschritten, obwohl diesmal an dem Gewinn 12 000 000 M. gegen 6 000 000 M. i. V. teilnehmen.

Aufhebung der Seisenhöchstpreise. Dem wirtschaftspolitischen Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrats lag zur Begutachtung ein Entwurf einer Bekanntmachung vor, durch welche die noch bestehenden Höchstpreise für Seife aufgehoben werden sollen. Zur Begründung führten die Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums aus, daß die heute geltenden Seisenpreise unter den bestehenden Höchstpreisen liegen. Vertreter des Handels und der Verbraucher haben sich bei einer Tagung des Verbrauchenausschusses und Beirats der Seisenherstellungs- und Vertriebsgesellschaft für die Aufhebung der Höchstpreise ausgesprochen. Der Ausschuss erklärte sich mit der Aufhebung einverstanden, knüpfte aber daran die Frage, was mit der genannten Gesellschaft geschähe, die nunmehr überflüssig sei. Nach einer Auskunft der Regierung befindet sich die Gesellschaft im Abbau und soll am 30. Juni in Liquidation treten. Zurzeit überwacht sie die Ausführung der zum Schutz der Verbraucher erlassenen Normativbestimmungen und verwertet noch vorhandene Bestände an Öl und Fetten. Der Ausschuss sprach sich dafür aus, daß nach dem 30. Juni die völlige Auflösung der Gesellschaft beschleunigt werden solle.

Accumulatoren-Fabrik Aktiengesellschaft, Berlin-Hagen in Westf. In der Aufsichtsratsitzung wurde beschlossen, bei Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 20 Prozent (gegen 17 Proz. im Vorjahre) vorzuschlagen.

## Aus aller Welt.

Bergwerksunfall in Böhmen. In Klado in Böhmen ein Förderkorb mit darunter zwei auf den Boden des Schachtes, daß fünf Bergleute getötet und 21 schwer verwundet wurden.

Eisberge im Atlantik. Die amerikanischen Schiffsahrtsgesellschaften haben die Mitteilung erhalten, daß im Atlantischen Ozean neuerdings größere Eisberge aufgetaucht sind. Die Schiffsahrtsgesellschaften haben darauf ihren Schiffen den Befehl gegeben, in den nächsten Wochen die Route zwischen Europa und Amerika 60 Seemeilen weiter südlich zu nehmen.

Ausbruch des Popocatepetl. Laut Meldungen der „Times“ aus Mexiko ist der Popocatepetl wieder ausgebrochen. Es fällt viel Asche. Die Bewohner der benachbarten Orte flüchten.

Beamt. für den rebalt. Teil: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Kräfte: Dr. Giese, Berlin. Verlag: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Preis: 50 Pf. Schrift-Druckerei u. Verlagsanstalt Carl Einart u. Co., Berlin, Unterstr. 3.

**Bezirksverb. Gr.-Berlin**  
 800. 241. St. Neudamm.  
 Den Gemäßigten die traurige  
 Nachricht, daß unser lieber  
 Onkel  
**Max Tinzmann**  
 23. Bezirk  
 nach kurzem, schmerzhaftem  
 Leiden verstorben ist.  
 Seine feierliche Beerdigung  
 am Freitag nach 3 Uhr  
 im Krematorium Baum-  
 schulenweg, Pankow, statt.  
 Seine Beerdigung erwartet  
 der Vfa-Berlin.

**Glühlampen**  
**Halbwattlampen**  
 und 1000. Glühlampen-Zusatz-  
 Material halt  
**Schröder, Bernauer**  
 Straße 101,  
 Fabrikgeb. III.

**Alte Hüte**  
 werden an man umgepreßt.  
 Damenhüte umpreßt 16.- 20.-  
 Spez. Herrenhüte 16.-  
**L. Krüger** Stegriede  
 Straße 28/26,  
 am Bahnhof Hermannstraße.

# Unerreichlich! billig!

Der moderne  
**Imprägnierte Seidenmantel**  
 vorzügliche Qualität in 4 Farben  
 mit Lacot-Stopperei, offen und ge-  
 schlossen zu tragen. Sowie Vorrat  
**nur: 295.-**

**Das fesche Wollkleid**  
 in 6 modernen Farb. m. andersfarb.  
 Tuchkragen und Manschettenvor-  
 stoss. Aparte Seidenfrotté-Stickeret  
 und Kurbel, offen und ge-  
 schlossen zu tragen. Sowie Vorrat.  
**nur: 198.-**

Das leistungsfähige Damen- und Kinder-Konfektions-Haus

# Siegmund Eisenfaedts

Im Osten: **Frankfurter Allee 72**  
 Nähe Ringbahnhal

Im Westen: **Hauptstrasse 154**  
 (Schlesberg) Nähe Potsdamer Str.

## Schlechtsitzende Korsette

werden nach jeder Figur, passend unter  
 Garantie, tadellos umgearbeitet

Reparaturen, Änderungen u. Korsettwäsche  
 jeglicher Art übernimmt u. führt äußerst preiswert aus

**Korsettfabrik Richard Nedke**  
 1. Geschäft: Berlin-Karlshorst, Treskow-Allee 85  
 2. Geschäft: Berlin-Lichtenberg, Neues Bahnhofstr. 50  
 3. Geschäft: Berlin, Kommandantenstr. 28  
 Ecke Alte Jakobstraße

## Gardinen Verkauf

in Stores, Künstler-, Madras- u. Multigarn-  
 turen, Bettdecken, Mull- u. Gardinenstoffe.  
 Besonders günstige Gelegenheitskäufe.

**Franz Funck, Neukölln, Böhmisches Str. 10**

## DER AUFSTIEG

Führer durch die Geschichte der  
 deutschen Arbeiterbewegung  
 von Franz Klühs

Ein empfehlenswertes Buch für  
 jed. n. insbesondere auch für die  
 Frauen, das den Entw. d. kl. u. g. m. z.  
 der deutschen Arbeiterbewegung  
 trefflich schildert.  
 Mit einem Wegweiser in die  
 einschlägige Literatur.

**PREIS 7,50 MARK**  
 Buchhdlg. Vorwärts  
 Berlin SW 68,  
 Lindenstr. 2

Wer! garantiert für guten Zeug  
 Verarbeitung!

## Großes Stofflager

**Max Motel, Schindlerstr. 23, Neukölln.**  
 Viele Anordnungen und Sanftarbeiten.

## Metal-Bettstellen

Kinderwagen, Ruhe- und Polsterbetten,  
 sämtliche Reparaturen an Sport- und Kinder-  
 wagen werden schnellstens ausgeführt

**Schäfer, Neukölln, Hermannstraße 27**  
 Bitte Hausnummer beachten!

Jung hübsch und schick  
 sind Sie in einem Hut aus  
**Ecksteins Hutfabrik**  
 Invalidenstr. 28, Ecke Chausseestr. 1 Trepp.  
 Elegante Modelle, Uniformen,  
 Schleier, Borten sowie sämtl. Zutaten.  
 Hüte werden nach neuesten Formen  
 in bekannt bester Ausführung umgepreßt.

**Sie jungste Frau**  
 eine alte, erdigen erdigen  
 Sammelung Kupfer-  
 der Hamantillen von Teod.  
 Thoma, im Neudamm, Fern-  
 telefon, (Umstellung)  
 zum in Folge dem

**Die Wabard Lohne**  
 die von demselben Ver-  
 kauft kommen. Preis  
 höher als in Berlin. Nur noch  
 in Buchh. von Herrn  
 in Neudamm, Fern-  
 telefon, (Umstellung)  
 zum in Folge dem

**Verkauft die Opillm**

## Kapitän-Kautabak

nieher reichlicher in der früheren guten Qualität zu beziehen  
 durch die bekannten Verkaufsstellen

**E. Röder, Berlin, Lichtenberg Str. 22, Abt. 201**

## Herren-

Einzug, Paletot, Ufster-Stoffe,  
 engl. „Domicyn“, eleg. „Reubetten“  
 Str. 50, 100, 150, 200 M.

Nur langjährige Verhandlungen mit allerbester  
 Fabrikanten führen für preiswerte gute Qualität.

Sept. 1933. **Tuch-Lager** Sept. 1933.  
**Koch & Seeland** G. m. H.

Gartenstraße, 20/21.